

Aus Zeit und Streit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **10 (1930-1931)**

Heft 8

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gedruckt sind, erfüllen sie somit tatsächlich alle Wünsche, die man nur stellen kann. Man darf demnach hoffen, daß dem Unternehmen auch bei uns in der Schweiz der verdiente Erfolg beschieden sein wird, umso mehr als auch schweizerische Literaturhistoriker als Herausgeber mitwirken.

Alfred Rudin.

Aus Zeit und Streit

Die politischen Parteien unter sich.

Dr. L. F. Meher, Luzern (freisinnig) im Novemberheft der „Politischen Rundschau“:

„Das Programm der freisinnig-demokratischen Partei ist ungefähr bis zum Jahre 1910 vollständig verwirklicht worden. Der ursprüngliche Parteiwille ist zum Gesamtgut geworden. Er ist Bestandteil und Grundlage der eidgenössischen und kantonalen Verfassungen, der eidgenössischen und kantonalen Gesetze. Die Partei hat dadurch, daß sie es verwirklichte, ihr großes Programm verloren. Dieser gewaltige historische Erfolg, ein unvergängliches Verdienst der Partei, bedeutet aber gleichzeitig eine Schwächung. Sie hat ihr Blut dem Staat gegeben. Sie hat im höchsten und schönsten Sinne dem Ganzen und dem Gemeinwohl gedient. Damit lag die Gefahr nahe, selbst konservativ zu werden, namentlich dann, wenn man zu lange wartete, ein neues Programm aufzustellen. . .

„Die katholisch-konservative Partei hat dank der Schwächung der freisinnigen Partei an politischer Macht und an Einfluß in den letzten zehn Jahren gewaltig gewonnen. Das zeigte sich am augenfälligsten bei den letzten Wahlen in das Bundesgericht und in den Bundesrat. Beide Wahlen waren das ausschlaggebende Werk der katholisch-konservativen Partei. Trotzdem die freisinnige Partei die stärkste Fraktion ist, war sie nicht stark oder nicht geschickt genug, um in diesen beiden eminent wichtigen Fragen die Führung zu behalten. . .

„Die Bauernpartei begnügt sich damit, die materiellen Interessen ihres Standes zu fördern. Keinerlei grundsätzliche Programmfragen scheiden oder trennen sie von der freisinnig-demokratischen Partei. . . Von allen Parteien der Schweiz hat die Bürger- und Bauernpartei die schwächste Grundlage. Sie entbehrt jeder Ideologie. . .

„Die sozialistische Partei steht, wie überall, auch in der Schweiz auf marxistischem Boden. . . Aber gerade in ihrem Wachstum und in ihrer engen Verflechtung mit dem heutigen kapitalistischen Staate liegt ihre Schwäche. Die Hauptmasse der sozialistischen Wähler sind organisierte Gewerkschafter, vom Industriearbeiter bis zum organisierten kommunalen und eidgenössischen Beamten und Angestellten. Nun wissen insbesondere die weiten Kreise der Fixbesoldeten von Stadt, Kanton und Eidgenossenschaft, von Bahn und Post sehr wohl, daß sie auf Gedeih und Verderb mit dem Staate verbunden sind. . . Darum wurde und wird die Sozialdemokratie mit ihrer zunehmenden Zahl mehr und mehr kleinbürgerlich. . .“

* * *

Heinz Schweizer (sozialdemokratisch) im Novemberheft der „Roten Revue“:

„Der Liberalismus ist im Kanton Zürich nicht aus eigener Kraft zur Herrschaft gelangt, sondern er verdankt seinen Sieg der Unterstützung durch eine Bevölkerungsschicht, der die Durchführung seines Programms den Untergang brachte. . . Wenn heute die bürgerlichen Parteien sich anschicken, die Hundertjahrfeier des . . . siegreichen Ausganges der Regeneration zu begehen, so haben sie zum Jubilieren fürwahr keinen Grund. . . Der Liberalismus hat seine Herrschaft mit einem Verrat angetreten, auf den er nicht stolz sein kann. Seine auch in der Folgezeit fortgesetzte Taktik, mit Hilfe von Bevölkerungsschichten zu regieren, denen er nichts bieten kann, hat sich allerdings in den verfloßenen hundert Jahren gründlich ge-

rächt. Heute muß der Liberalismus erkennen, daß ihm in der modernen Arbeiterbewegung ein Gegner erwachsen ist, der seine wahren Interessen erkennt und der, getragen von der wirtschaftlichen Entwicklung, rüstig daran geht, seine eigenen Ziele zu verwirklichen.“

* * *

Dr. Albert Deri, Basel (liberal-konservativ) im Novemberheft der „Schweizerischen Rundschau“:

„Unsere schwierige Lage hat uns in der ersten Nachkriegszeit veranlaßt, den sogenannten „Nationalen Block“ zu bilden. Dieser Abwehrorganismus der vier bürgerlichen Parteien leistete sowohl bei Wahlen wie bei Abstimmungen gute Dienste. . . . Dennoch ist er zugrunde gegangen, sobald das Bürgertum über die allerdringlichste Notwehr hinaus war. Die Parteien hatten kaum wieder einige Atemfreiheit gewonnen, als sie untereinander die Ansprüche an vermehrtes Entgegenkommen in Personen- und Sachfragen zu überspannen begannen und dadurch die gemeinsame Organisation schließlich sprengten. . . Wir haben also in der Schweiz mit unserer bürgerlichen Parteienvielfalt wohl auf recht lange Zeit hinaus als mit einer gegebenen Tatsache zu rechnen. . .

„Die große und ernste Gefahr, die mit dem Vielparteienssystem verbunden ist, besteht darin, daß dabei das Gefühl der Verantwortlichkeit für den Staat verloren gehen kann. Die Herrschaft des schweizerischen Radikalismus in seiner Sünden Maienblüte mag so odios als möglich gewesen sein, sie hatte doch das große politische Prae vor dem jetzigen Zustand, daß eine Partei die volle Verantwortlichkeit für das Tun und Lassen des Staates trug und sich dieser Verantwortlichkeit auch bewußt war. Besitzt heute das Staatsganze noch solche Verantwortungsträger? Ja und nein! Ein Teil der Verantwortungslast, die früher die radikale Partei trug, ist auf den Bundesrat übergegangen. Die Macht und damit die Verantwortlichkeit der Regierung ist im Vielparteienstaat gewachsen. . . Am fatalsten aber steht es nicht mit dem Verantwortungsbewußtsein für das Tun, sondern mit dem für das Lassen des Staates. An Verschümnissen will bei uns niemand schuld sein. Die Pflicht zur politischen Initiative ist nirgends mehr sicher verankert.“

* * *

Joseph Käber, Bern (katholisch-konservativ), im Oktoberheft der „Schweizerischen Rundschau“:

„Parteien mit ganz verschiedener Tradition, Parteien, die sich in der Vergangenheit als Gegner gegenüberstehen, können ihre Selbständigkeit, ihr Eigenleben nicht opfern, ohne ihre Lebenskraft aufzugeben. Parteien, wie wir sie kennen, können ohne Nachteil sich zu einem Abwehrkampf zusammenfinden und müssen es im Interesse des Landes tun. Aber aus einer Verschmelzung der Parteien würde sich kein neues Gebilde mit bezwingender Werbekraft ergeben. . . Eine Partei kann man durch Zusammenschluß verschieden denkender Gegner zu einer gemeinsamen Abwehraktion bekämpfen; aber man kann sie durch einen bloß defensiven Zusammenschluß nicht überwinden. Ideen werden nur durch Ideen besiegt, und Ideen, die große Massen des Volkes zu begeistern vermögen und eine Entwicklung des Staates auf bürgerlicher Grundlage sichern, entspringen nicht der Mischung und Verschmelzung verschiedenster Parteiprogramme. . .

„Wir Schweizer bilden uns viel darauf ein, daß vier verschiedene Sprachstämme friedlich zusammenleben können, und wir haben Mühe, für den erbitterten Sprachenstreit in andern Staaten irgendwelches Verständnis aufzubringen. Wir bemitleiden diese rückständigen Staaten. . . Sind wir (aber) jenen Staaten gegenüber, deren Sprachenstreit uns unbegreiflich erscheint, so sehr überlegen auf jenen Gebieten, wo auch bei uns Ressentimente vorhanden sind, Ressentimente, die auf Jahrzehnte und Jahrhunderte zurückliegende Kämpfe wegen politischer und konfessioneller Gegensätze zurückgehen, und ist die Reaktion hierauf bei uns gelegentlich weniger schroff oder beklagenswert als da, wo wir uns das Richteramt darüber anmaßen?“

D.